



Änderungsantrag-Nr. VIII-A-00193-ÄA-02

Status: öffentlich

Eingereicht von:
CDU-Fraktion

Stammbaum:
VIII-A-00193 AfD-Fraktion
VIII-A-00193-VSP-01 Dezernat Soziales,
Gesundheit und Vielfalt
VIII-A-00193-ÄA-02 CDU-Fraktion

Betreff:
Kein sicherer Hafen für illegale Migration!

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):
Gremium

Voraussichtlicher
Sitzungstermin

Zuständigkeit

Migrantinnen- und Migrantenbeirat
FA Allgemeine Verwaltung
FA Soziales, Gesundheit und Vielfalt
Ratsversammlung

Vorberatung
Vorberatung
Vorberatung
Beschlussfassung

Beschlussvorschlag

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

1. Die Beschlüsse aus der Vorlage VII-DS-01138-ÄA-01-NF-01 werden aufgehoben.
2. Damit wird der Oberbürgermeister beauftragt, die Mitgliedschaft im Bündnis Sichere Häfen sowie der internationalen Allianz sicherer Städte zu beenden.
3. Die ideelle Patenschaft für das Schiff "Rise Above" wird beendet.
4. Es wird der Stadtverwaltung untersagt Spendenaufrufe zugunsten des Vereins Mission Lifeline zu unterstützen oder zu verbreiten.
5. Der Beschluss der Vorlage VI-A-06212 wird ebenfalls aufgehoben. Die Stadtverwaltung wird sich nicht weiter dafür einsetzen, Asylbewerber außerhalb des gesetzlichen Schlüssels aufzunehmen.
6. Es wird mit der Aufhebung der Beschlüsse klargestellt, dass sich die Stadt Leipzig nicht mehr an die acht Forderungen der Initiative Seebrücke gebunden fühlt.

Sachverhalt

Die CDU-Fraktion steht für eine geordnete Asylpolitik, die sich an den international festgeschriebenen Standards für Humanität und Ordnung koppelt.

Aus diesem Grund ist das Festhalten an den alten beschriebenen Beschlüssen nicht mehr tragbar, da gerade der Aspekt der Ordnung nicht mehr gegeben ist. Die chronische Überlastung der Kommunen/Stadt Leipzig im Bereich der Unterbringung ist ein klares Zeichen für eine Kehrtwende in diesem Bereich. Weiterhin muss immer wieder festgehalten werden, dass aufgrund bis zum Geht-nicht-mehr ausgereizter Kapazitäten, häufig keine Integration mehr stattfindet.

Dass die Stadt Leipzig nun weitergeht, scheint daher naiv und vor allem realitätsfern. Ein zurücksetzen der genannten Beschlüsse bedeutete daher die Rückkehr zu den gesetzlichen Verpflichtungen und einer geordneten und humanen Asylpolitik.

Anlage/n
Keine